

Umstrittener Frauenkongreß in den USA

Noch immer gibt es neue Reaktionen und Stellungnahmen, hoffnungsvolle Erwartungen und enttäuschte oder gar kämpferische Kritik zu dem bisher einmaligen Ereignis in der Geschichte der USA, daß im Auftrag des Kongresses und von ihm finanziert, ansonsten aber in keiner Hinsicht weisungsgebunden, ein Nationaler Frauenkongreß zusammentrat. Nach vorangegangenen Regionalkonferenzen in allen US-Bundesstaaten trafen sich vom 18. bis 21. November in *Houston* in Texas 1442 Delegierte, 400 als Berater Hinzugezogene und mehrere tausend Beobachter, um insgesamt 26 große Themenkomplexe zu diskutieren und über 100 Empfehlungen zu verabschieden, die sich mit der Rolle der Frau in Haushalt, Beruf, Wirtschaft und Politik sowie in Kunst und Wissenschaft, in den Medien und in der Erziehung und Gesundheitsfürsorge befassen. Wichtige Punkte betrafen auch den Kinderschutz, die Hilfe für körperbehinderte Frauen, die versicherungsrechtliche Stellung der Frau, die Rechte weiblicher Minderheitsangehöriger, die Rolle der Frau auf dem Land, die sexuelle Freiheit der Frau und die Verbesserung der Frauenstatistiken.

Kirchliche Uneinigkeit

Auffallend zurückhaltend sind offizielle *katholische Stellen*, die zuvor das gesamte Unternehmen zumindest von seiner Grundintention her gutgeheißen hatten. Jetzt jedoch scheint keine einheitliche Linie mehr vorzuherrschen. Dabei war in kirchlichen Kreisen die überwiegende Mehrheit der Resolutionen kaum umstritten. Lediglich diejenigen Punkte, die größtmögliche Freiheit zur Abtreibung, mehr Rechte für Lesbierinnen und die Einfügung eines „Gleichheitsrechts“ in die Verfassung vorsehen, stießen von Anfang an auf heftigen Widerstand verschiedener Gruppen und Kirchen. Während die Mormonen praktisch alles blockieren wollten, was

hier an neuen Initiativen vorgelegt wurde, verlegten sich Evangelikale und katholische Gruppen verstärkt auf Schwerpunktkritik.

Der Generalsekretär der US-Bischöfenskonferenz, *Thomas C. Kelly*, hatte noch kurz vor der Konferenz die Hoffnung geäußert, *Houston* werde dazu beitragen, „Diskriminierung auf Grund des Geschlechts abzubauen“. Er lobte die „bedeutsamen Beiträge, die die Frauen für die Gesellschaft geleistet haben“. Viele der Resolutionen seien seit langem in der Praxis von der Kirche durch ihre sozialen Einrichtungen unterstützt und in öffentlichen Erklärungen und bei Kongreß-Hearings vorgetragen worden. Lediglich einige wenige stünden im Widerspruch zur katholischen Lehre und böten Ansätze, die die Kirche weder als korrekt noch als annehmbar bezeichnen könne (NCNS, 11.11.77). Insgesamt nahmen drei führende Mitglieder der obersten Organe der katholischen Kirche der USA an der Konferenz teil, und zwar *Gail Quinn* vom bischöflichen Komitee für „Pro-Leben-Aktivitäten“ sowie *Patricia Rengel* und *Barbara Stolz* von der Abteilung für Soziale Fragen und Weltfrieden bei der US Catholic Conference. *Gail Quinn* sprach nach der Konferenz davon, das bedeutsamste Ergebnis sei gewesen, daß die Frauen in so vielen Fragen einig gewesen seien. Wichtiger als die Resolutionen sei der landesweite Meinungsaustausch während des Treffens gewesen. *Patricia Fawcett* dagegen, eine katholische Delegierte aus Mississippi, nannte die Konferenz einen „ungeheuren Erfolg“, weil „erstmal unsere jüdisch-christliche Philosophie als Herausforderung wirkte und die Häresie des Sozialismus bloßgestellt wurde“. Sie machte kein Hehl daraus, daß sie alle Resolutionen abgelehnt hat.

Vor der Konferenz war ermittelt worden, daß rund ein Viertel der Delegierten aus der Frauenkonferenz katholisch war. Genaue Daten besagten: 46,5 Prozent protestantisch, 24,2 Pro-

zent katholisch (d. h. 273 Delegierte), 8,9 Prozent jüdisch, 10,8 verschiedene andere Bekenntnisse und 9,5 Prozent ohne Angaben. Die vom US-Census Bureau vorgelegten Daten über die Religionszugehörigkeit amerikanischer Frauen über 16 Jahre sieht vergleichsweise so aus: 65,8 Prozent protestantisch, 25,6 Prozent katholisch, 2,8 Prozent jüdisch, ein Prozent gibt andere Religionen an, und 4,6 Prozent verneinen die Zugehörigkeit zu irgendeiner Religionsgemeinschaft. Während die Katholiken also fast prozentual genau vertreten waren, waren die Protestanten unter- und Juden, Anhänger anderer Religionen und Nichtgläubige zum Teil stark überrepräsentiert. Am meisten überangenehme nichtrepräsentative Zusammensetzung der Delegierten klagten dennoch die Katholiken. Dabei verlief das Verfahren der Auswahl unabhängig von solchen Kriterien. Nur so ist es auch zu erklären, daß mehr als 79 Prozent der Teilnehmer aus der Altersgruppe zwischen 26 und 55 stammte, 62,6 Prozent Familien mit mittleren Einkommen zuzurechnen waren, mehr als 64 Prozent Weiße, 17,4 Prozent Schwarze, 8,3 Prozent mexikanischer und 2,7 Prozent asiatischer Abstammung waren (NCNS, 12.10.77).

„Gerechtigkeit für die amerikanische Frau“

Das von der UN initiierte *Internationale Jahr der Frau* mit der entsprechenden Konferenz in Mexiko im Jahre 1975 war der Ausgangspunkt für dieses Unternehmen gewesen. Während in anderen Ländern kaum eine Folge dieses Treffens zu verspüren war, setzten die USA eine eigene Kommission ein, die Empfehlungen verabschieden sollte, die zum Abbau von Barrieren bei der Gleichstellung von Frauen führen sollte. Ein Dokument „To Form a More Perfect Union – Justice for American Woman“ mit 115 Empfehlungen wurde als Ergebnis dieser Arbeit vorgelegt. Daraufhin beauftragte der Kongreß die Kommission, im ganzen Land Vorbereitungstreffen abzuhalten, um von der Basis her Reaktionen auf dieses Papier zu

erhalten, die Vorschläge zu ergänzen und zu korrigieren. Fünf Millionen US-\$ stellte der Kongreß dafür zur Verfügung, um mit Hilfe dieser Kongresse herauszufinden, „welche Barrieren Frauen der USA daran hindern, voll und gleichberechtigt an allen Aspekten des amerikanischen Lebens teilzunehmen“.

Die *Regionaltreffen* fanden bis Mitte Juli statt. Auf ihnen wurden die Delegierten für Houston gewählt, und zwar nach dem Schlüssel, daß von jedem Bundesstaat 10 plus die doppelte Anzahl der diesem Staat zustehenden Kongreßsitze gewählt werden konnten. Die *Empfehlungen* waren als Ergebnis der Vorkonferenzen zu 26 größeren Themenbereichen gestrafft worden. Über sie wurde in Houston abgestimmt.

Bis März müssen die verabschiedeten Resolutionen dem US-Präsidenten *Jimmy Carter* vorliegen, der dann verpflichtet ist, innerhalb von 120 Tagen daraus gegebenenfalls Gesetzesempfehlungen für den Kongreß zu entwickeln.

Die Skala der Themen ist sehr weit gesteckt gewesen. Alle früheren und neuen *Aspekte des Frauenrechts* kamen zur Sprache. Bemerkenswert war, daß die Veranstalter bewußt auf die Tradition der Suffragetten und Frauenrechtlerinnen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückgriffen. So rief beispielsweise *Susan B. Anthony*, eine Großnichte der gleichnamigen Führerin der Frauenbewegung von damals, den Teilnehmerinnen der Nationalen Frauenkonferenz zu: „Wir wollen das Rennen beenden, das die Gründermütter unserer Bewegung 1848 in Seneca Falls begonnen haben“ (Amerika-Dienst, 14. 12. 77). Vieles war eine große Show, manches wirkte abstoßend, doch das meiste konnte überzeugen.

Soziale und rechtliche Stellung

Bei allen Verlautbarungen und Forderungen mußte man sich zur richtigen Einordnung immer wieder die *Grunddaten* vor Augen halten: Die 110 Mil-

lionen amerikanischen Frauen machen 51,3% der US-Bevölkerung aus, 48 Prozent sind heute erwerbstätig, 40 Prozent davon sind alleinstehende Frauen, die während ihrer Arbeitszeit ihre Kinder in Kinderkrippen oder Kindergärten oder bei Nachbarn unterbringen müssen. Grundsätzlich sind die Frauen in Gewerkschaften und Parteien, in Behörden und in der Politik untervertreten. In der Berufssparte der Rechtsanwälte und Richter dagegen, wo es 1970 nur 4,7 Prozent Frauen gab, hat sich bis heute die Zahl immerhin verdoppelt. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der weiblichen Ärzte von 8,9 auf 12,8 Prozent und die der führenden Kräfte im Bankwesen und Finanzmanagement von 17,6 auf 24,7 Prozent. In den großen Wirtschaftshochschulen der USA ist heute unter fünf Studenten eine Frau. Im Studienbereich Jura und Medizin ist das Verhältnis mittlerweile sogar 1:3. Das durchschnittliche Einkommen amerikanischer Frauen lag im letzten Jahr nur bei 60 Prozent des Einkommens der Männer. Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung ist noch nicht verwirklicht. Von 301 Mitarbeitern, die Präsident Carter in hohe Funktionen berufen hat, sind nur 13 Prozent Frauen. Im Kongreß gibt es nur 17 Frauen, und der Senat hat seit 1973 kein weibliches Mitglied. Das Oberste Bundesgericht der USA hat noch nie eine Frau als Mitglied gehabt (Time, 28. 11. 1977).

Nimmt man all diese Angaben, so versteht man eine Reihe der vorgetragenen *Forderungen* besser. Dabei geht es um ganz praktische Dinge wie die gleichberechtigte Kreditgewährung und eigene Sozialversicherung für die Hausfrauen. Es geht aber auch um staatliche Zuschüsse für Kinderkrippen, um besseren Schutz gegen Vergewaltigungen, um eine angemessenere Erziehung, um Vorsorge für alte Frauen. Manche dieser von der Mehrheit als unbedingt berechtigt angesehenen Forderungen gerieten bei Teilnehmern und Beobachtern jedoch teilweise dadurch in Mißkredit, daß die *militanten* Frauenrechtlerinnen nicht bei diesen Fragen stehen bleiben wollten. Dies gilt insbesondere für ihre

überraschend eingebrachte Forderung, dafür Sorge zu tragen, daß Diskriminierung wegen gleichgeschlechtlicher Neigung aufgehoben wird. Bei dieser Frage, die ihre praktischen Auswirkungen auf der Ebene der einzelstaatlichen Gesetzgebung finden müßte, war selbst die stark vertretene Gruppe engagierter Frauenrechtlerinnen jedoch keineswegs einmütig. Dennoch fand sich auch hierfür wie für insgesamt 25 der 26 Themenbereiche eine Mehrheit. Lediglich die Forderung nach Errichtung eines eigenen Ministeriums für Frauenfragen fand keine Zustimmung. Umkämpft waren die Aussagen zur *Abtreibung*. Hier waren sich wohl alle katholischen Delegierten in der Ablehnung einig. Sie zeigten denn auch ihren Protest durch gemeinsamen Auszug aus der Konferenz unter Absingen von „God Bless America“. Ähnliche Auseinandersetzungen hatte man für die Resolution zum *Verfassungszusatz über die Gleichberechtigung* erwartet, der derzeit zur Verabschiedung noch der Zustimmung von drei Bundesstaaten bedarf. Er besagt nichts anderes, als daß Männer und Frauen in allen Bereichen gleichberechtigt sind. Hier jedoch sehen die Gegnerinnen große Gefahren auf sich zukommen. Diese reichen von der Vision, daß dann die Toiletten nicht mehr nach Geschlechtern getrennt sein könnten und daß „homosexuelle Ehen“ legal wären, bis hin zu der Befürchtung, auch Frauen könnten zum Militärdienst eingezogen werden und die Väter könnten sich vor der Verantwortung zum Unterhalt der Familie drücken. Während der „Nationale katholische Frauenrat“ bereits im Juli klar seine Ablehnung dieses Vorhabens formuliert hatte (NCNS, 23. 7. 1977), hielt sich die Bischofskonferenz in dieser Frage zurück und die „Nationale Versammlung der weiblichen Ordensangehörigen“ (NAWR) forderte dazu auf, wo immer es gehe, diesen Verfassungszusatz zu unterstützen und in Zukunft in keinem Bundesstaat eine Tagung abzuhalten, der dem Gesetz die Zustimmung versage (NCNS, 8. 8. 1977). Dies ist nur ein Beispiel für viele, daß die Ordensfrauen aus der „katholischen Front“ verschiedentlich ausscherten. So

wurde von einigen bekannt, sie hätten auch der Lesbierinnen-Vorlage zugestimmt, obwohl sie dieses Verhalten moralisch ablehnten. Sie könnten aber nicht einen katholischen Standpunkt der Masse der amerikanischen Frauen aufzwingen.

Gegenveranstaltung mit harten Resolutionen

Das zwiespältige Verhältnis der Katholiken zu dem Ereignis von Houston dokumentierte sich auch darin, daß unter Federführung katholischer Gruppen eine Reihe konservativer Bewegungen zu einer *Gegenveranstaltung* zur gleichen Zeit ebenfalls in Houston aufgerufen hatte. Obwohl die dortigen Teilnehmer selbst für alle Kosten aufkommen mußten, waren sie zahlenmäßig stärker (mehr als 20000) als bei der offiziellen Veranstaltung. Mit kämpferischen Parolen und in emotionsgeladener Stimmung verabschiedete dieses Gremium hart formulierte Resolutionen genau zu den auch auf dem Nationalen Kongreß umstrittenen Themen. Verschiedentlich kam es zu Handgreiflichkeiten und üblen Beschimpfungen zwischen den Teilnehmerinnen beider Veranstaltungen, wobei auch die katholischen Delegierten ins Schußfeuer gerieten, die sich an der offiziellen Tagung beteiligten.

Für den Präsidenten und den Kongreß wird es nicht leicht sein, nun *praktische Schlussfolgerungen* aus dem Treffen zu ziehen. Die Emotionen sind teilweise stärker als vorher, andererseits liegen aber erstmals in so konzentrierter Form die Vorstellungen einer beträchtlichen Anzahl amerikanischer Frauen auf dem Tisch. Natürlich ist die Opposition aus den verschiedenen Reihen nicht zu übersehen und zu unterschätzen. Für die katholische Kirche, deren Standpunkt in der Abtreibungsfrage allmählich auch von Nichtkatholiken respektiert wird, wäre es nach Ansicht führender katholischer Publizisten und katholischer Frauen der USA verhängnisvoll, wenn sie sich durch Fragen wie die des Verfassungszusatzes über die Gleichberechtigung automatisch in die ver-

neinende und konservative Ecke drängen ließe. So wurde u. a. gewarnt, daß der Widerstand gegen dieses Gesetzeswerk sich in dem Moment als Bumerang erweisen könnte, wenn nach Verabschiedung die Bundesstaaten an die Änderung bestehender Gesetze gehen und dann wohl kaum noch auf die Stimme der Kirche hören werden (America, 12. 11. 77). Wenn dennoch in vielen Punkten von kirchlicher Seite gebremst wird, so scheint dahinter die Befürchtung zu stehen, ein Einbruch auf staatlicher Ebene könnte einen sol-

chen im kirchlichen Bereich zur Folge haben. Die Befürworter der Frauenordination jedenfalls fühlen sich vom Trend in Houston bestätigt. Und vielleicht um diesen Prozeß etwas aufzuhalten, veröffentlichte das bischöfliche Ad-hoc-Komitee zur Rolle der Frau in Gesellschaft und Kirche unmittelbar vor Beginn der Konferenz eine Erklärung, die darauf verweist, daß Frauen in der letzten Zeit verstärkt in Entscheidungsfunktionen innerhalb der Kirche auf Diözesanebene eingeschaltet wurden. N. S.

Auf der Suche nach einer afrikanischen Theologie

In den vergangenen Wochen und Monaten zeigte sich, daß in Afrika auf verschiedenen Ebenen und von verschiedenen Seiten fast gleichzeitig der Versuch unternommen wird, eine eigenständige afrikanische Theologie zu entwickeln. Dabei ging es nicht länger nur um Klagen über die bisherige Abhängigkeit von der europäischen Theologie oder um Anklagen gegen die früheren Kolonialmächte und die von ihnen hinterlassenen Schwierigkeiten und Fehlentscheidungen, auch nicht nur um die Erarbeitung eines theoretischen Konzepts für einen eigenständigen Weg, sondern teilweise um ganz konkrete theologische und pastorale Initiativen im Kontext der eigenen Kultur.

Vom 9. bis 12. November 1977 fand in Abidjan/Elfenbeinküste ein Kolloquium über „Schwarze Zivilisation und Katholische Kirche“ statt, vom 17. bis 23. Dezember 1977 folgte in Accra/Ghana die „Panafrikanische Konferenz von Theologen der Dritten Welt“ mit dem Thema „Das Engagement der Christen im heutigen Afrika und die Entstehung einer christlichen afrikanischen Theologie“.

In Kinshasa/Zaire schließlich trafen sich vom 9. bis 14. Januar 1978 afrikanische Theologen zu einem internationalen Kolloquium über „Afrikanische Religionen und das Christentum“. Bereits die letzte Theologische Woche von Kinshasa vom 25. bis 30. Juni 1977 hatte einiges vorweggenommen bzw.

die Richtung gewiesen durch das Thema „Befreiung in Jesus Christus“. Schon damals waren nicht zu übersehende Ansätze für eine *afrikanische Theologie der Befreiung* zu erkennen, die nun auf den jüngsten Konferenzen vertieft wurden. Vom 23. bis 30. Juli wird diese für die christlichen Kirchen Afrikas bedeutsame Konferenzserie ihre Fortsetzung bei der SECAM-Konferenz, dem Zusammenschluß der katholischen Bischofskonferenzen von Afrika und Madagaskar, finden, die sich dem enger begrenzten, aber für die Theologie und kirchliche Praxis wichtigen Thema der christlichen Ehe in Afrika widmen wird.

Ein afrikanisches Konzil?

Rund 40 Teilnehmer aus neun afrikanischen Ländern folgten der Einladung der „Afrikanischen Gesellschaft für Kultur“ (Présence Africaine), die unter der Schirmherrschaft des Kultusministers der Elfenbeinküste nicht nur dieses Kolloquium über „Schwarze Zivilisation und Katholische Kirche“ abhielt, sondern – wie aus mittlerweile vorliegenden Einladungen hervorgeht – demnächst das gleiche Thema auch mit protestantischen Christen und mit Vertretern des Islams behandeln will (vgl. BIP/SNOP, 11. 1. 78). Der veranstaltenden Gesellschaft geht es in erster Linie um die theologische Reflexion im